

Kapitel 1: Erhalten, was uns erhält: unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen



43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Antragsteller*in: BAG Tierschutzpolitik
Beschlussdatum: 29.09.2018

Änderungsantrag zu EP-U-01

Von Zeile 503 bis 505 einfügen:

Fischereipolitik nicht aus. Fangquoten müssen verbindlich an wissenschaftlichen Kriterien ausgerichtet werden, statt rein politisch festgelegt zu werden. Wir wollen die schädlichen Fischerei-Subventionen beenden und fordern wirksame, lückenlose Fischereikontrollen sowie scharfe Sanktionen beispielsweise bei Verstößen gegen die Anlandepflicht für Beifang. Die Tiefseefischerei und besonders umweltschädliche Fangmethoden wollen wir gänzlich verbieten. Die EU soll

Begründung

In der europäischen Fischerei gibt es neben schädlichen Subventionen für nicht nachhaltige Ausbeutung von Fischbeständen immer noch unzählige Missstände, die beispielsweise durch NGOs wie The Black Fish aufgedeckt werden (müssen), weil die staatlichen Kontroll- und Sanktionsmechanismen nicht funktionieren. Hier braucht es mehr Kontrollen und Sanktionen, um insbesondere beim Beifang wirksamen Schutz zu bieten. Die Milliarden an Fischen, für deren Tod Fischereiunternehmen der EU jährlich verantwortlich sind, sollten eine Ergänzung an dieser Stelle rechtfertigen.